Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 09/54. Jahrgang | September 2023 | Schutzgebühr: 0,40 €

Unser Direktkandidat (DKP) Henning Mächerle zur Wohnbaupolitik

Selbst in Mittelstädten wie Gießen wird Wohnen – ob zur Miete oder im Eigenheim – zunehmend unbezahlbar. Wie soll hier gegengesteuert werden?

Das Hauptproblem ist die Abkehr der BRD vom Prinzip der Gemeinwirtschaft (Bund, Länder, Kommunen) im Zuge der neoliberalen Offensive seit den 1990er-Jahren. Der Staat muss mindestens 50% des Wohnungsbestandes und damit auch des Wohnungsbaus kontrollieren. Durch diese „Marktmacht“ kann der Staat Einfluss auf die Mieten und den Bau von Sozialwohnungen nehmen. Die irrige Vorstellung, der Markt werde schon alles regeln, hat zu katastrophalen Zuständen auf dem Wohnungsmarkt geführt.

Henning Mächerle (55), Fachinformatiker, Landtagswahlkandidat der DKP Gießen, Aktivist in der antifaschistischen und Friedensbewegung.

DKP kandidiert zur Landtagswahl am 8.10.2023

Wie lässt sich der Bau neuer Wohnungen beschleunigen, wenn es an Material und Fachkräften fehlt?

Im Zuge der sogenannten Globalisierung wurde die Produktion von einfachen Gütern ins Ausland verlagert, anstatt darauf zu achten, dass eine möglichst breite Palette von Gütern in Betrieben im Inland oder zumindest in der EU produziert wird. Der berufsvorbereitende Unterricht an den Schulen wird vernachlässigt und Schüler werden nicht genügend auf Ausbildungsberufe orientiert. Baurechtlich muss der Bau von Sozialwohnungen bzw. Wohnraum Vorrang haben und andere private Bauprojekte im Zweifel hintenan gestellt werden. Gleichzeitig können Handwerker sich genossenschaftlich zusammenschließen. Diese Genossenschaften werden staatlich

Fortsetzung auf S. 2

Kurz und Gießen – Kall, mei Drobbe!!! S. 3

Interview mit Fabian Dzewas-Rehm, ver.di S. 4

Neuer Zensurparagraf S. 5

Frieden fordern, um zu leben S. 6

Putsche und antikoloniale Bündnisse S. 7

Aus 50 Jahren Gießener Echo S. 8

Verkehrsversuch gescheitert

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat die Rechtswidrigkeit des Verkehrsversuchs bestätigt. Eine Beschwerde der Stadt Gießen wurde abgewiesen

Die Sache ging aus, wie es zu erwarten war. Nachdem Anwohner geklagt hatten und vor dem Gießener Verwaltungsgericht recht bekamen, folgte die Klatsche aus Kassel mit Ansage.

Der Verkehrsversuch war ein Versuch und eben kein Verkehrskonzept, welches notwendig gewesen wäre. Auch wenn man kein Jurist ist, ist der Dilettantismus unserer Stadtoberen offensichtlich und die Frage mag erlaubt sein, wo war da das Rechtsamt mit seiner Expertise.

Der Verkehrsversuch in Gießen hat eine gute Zielsetzung, nämlich die Entlastung der Stadt vom Autoverkehr. Allerdings wurde der Versuch schlecht umgesetzt und gehört in die Abteilung *symbolische Politik* ohne praktischen Nutzen. Da es für

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Unser Direktkandidat (DKP) Henning Mächerle zur Wohnbaupolitik**

subventioniert. Die Handwerksberufe müssen wieder attraktiver werden.

Innenstädte wegen der Wohnungsnot „nachverdichten“ oder „aufstocken“, gleichzeitig aber wegen des Klimawandels Frischluftschneisen schaffen und Flächen entsiegeln – wie kann die Politik beides unter einen Hut bekommen?

Das „Nachverdichten“ oder „Aufstocken“ wurde in der Baupolitik zum Glaubenssatz. Aber bezüglich der Wohnsituation von Städten wird ein Ausbau in der Fläche teilweise nicht zu vermeiden sein. Häufig ist diese Form des Bauens die Folge eines überteuerten Wohnungsmarktes. Ein vernünftiger, auch am kleinen Geldbeutel orientierter Städtebau, ist nur durch eine massive staatliche Regulierung des Wohnungs- und Immobilienmarktes möglich. Eine Abschaffung des Privateigentums an Immobilien, besonders wenn diese nicht in privater Nutzung sind, sondern spekulativen Zwecken dienen, darf kein Tabu sein.

Fortsetzung von Seite 1:
Verkehrsversuch gescheitert

Pkw- und Lkw-Fahrer, welche die Fahrzeuge beruflich nutzen, keine Alternative gibt, führt der Verkehrsversuch zu einer Verschärfung der Verkehrssituation während der Stoßzeiten. Für die Sicherheit der Fahrradfahrer hat der Versuch wenig beigetragen. Auch war nicht ersichtlich, warum Fahrradfahrer den Anlagenring nutzen sollen, wenn es schnellere Alternativen zu dieser Strecke gibt. Das Verkehrsproblem kann eine Stadt alleine nicht lösen, sondern das Umland muss mit einbezogen werden. Es braucht einen bundesweiten Plan, um den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv zu machen und den Menschen den Umstieg zu ermöglichen. Im Optimalfall ist der ÖPNV dann kostenfrei. M. Lennartz

DKP wählen ist gut, reicht aber nicht!

"Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten." An der Richtigkeit des Zitates, das Kurt Tucholsky zugeordnet wird, hat sich wohl bis heute in Deutschland nichts geändert. Dass die Parteien im Wahlkampf sagen, was die Bevölkerung hören will, am Ende aber ganz andere Sachen durchsetzen, ist allen hinreichend bekannt. Wie es weitergeht, welche Entscheidungen für das ganze Land getroffen werden, darüber haben aktuell vor allem die Monopole die Kontrolle. Was die Interessen der Bevölkerung sind, das interessiert weder die Politiker noch die Konzerne.

Cathrin Bodenröder aus Marburg, Kandidatin für die Landtagswahl

Gerade deswegen ist es umso wichtiger, dass wir vor allem auf unsere eigene Kraft bauen. Das bedeutet, gemeinsam und solidarisch für unsere Interessen auf die Straße zu gehen, gemeinsam unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, gemeinsam zu kämpfen. Zum einen für Reformen, damit unser Leben schon heute besser werden kann. Aber vor allem für eine andere Gesellschaft, die nicht an den Interessen des Marktes und des Kapitals ausgerichtet ist, sondern an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen.

Wir kämpfen also auch für den Sozialismus, die Gesellschaft, in der die Menschen selbst darüber entscheiden, wie ihr Leben aussehen soll.

Die DKP zu wählen ist ein bisschen wie eine Demo, nur eben in der Wahlkabine – gut, hilft allein noch nichts. Wirklich etwas verändern wird nur Druck von der Straße. Die Erfahrungen in den Kommunalparlamenten in Marburg, Gießen, Reinheim, Mörfelden-Walldorf und anderswo zeigen aber: Kommunistinnen und Kommunisten in den Parlamenten helfen, diesen Druck zu erzeugen und ihn dann in die Parlamente zu tragen.

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: *giessen@dkp.de*

Internet: *www.giessen.dkp.de*

Bitte Abogebühren bezahlen!

Da die Druckkosten um über 30% gestiegen sind, benötigen wir bitte dringend Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.

Kurz und Gießen

Friedhofsruhe im Rathaus vorbei – jetzt reicht´s!

Jahrelang verpasste die berüchtigte Dezernentin des Jugendamtes in Gießen Gerda Weigel-Greilich ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Maulkorb. Ihnen wurde verboten, sich öffentlich über den Personalnotstand im „Allgemeinen Sozialen Dienst“ (ASD) zu beschweren.

Wer Maulkörbe verteilt, hat meistens etwas zu verbergen: eigene Untätigkeit, Unfähigkeit, Interesselosigkeit oder die ihrer eigenen Partei (Die Grünen) in Hessen oder in der Bundesregierung. Jetzt wurde die Situation für die Kolleginnen und Kollegen absolut unerträglich. Es geht um mindestens zehn unbesetzte Stellen, die durch unzählige Überstunden ausgeglichen werden müssen. Eine Überlastungsanzeige an die Vorgesetzten von 2022 hatte keinen Erfolg gebracht.

Weigel-Greilich hat die übliche Ausrede bei der Hand: Fachkräftemangel. Aber warum wurden in der Vergangenheit nicht genügend Fachkräfte ausgebildet? Der Mangel ist ja behördenintern seit langen Jahren bekannt.

Leidtragende der Notsituation sind Kinder und Jugendliche.

Problem logisch gelöst

Was Besuchern des Wochenmarktes aufgefallen ist:
Es fehlen viele Fahrradständer!

Durch Umgestaltungspläne des Brandplatzes könnte die Stadt aber mehr Marktständler vergraulen. Dann kämen nicht so viele Fahrradfahrer, ergo würden weniger Fahrradständer gebraucht.

Tropfen auf einen ganz heißen Stein

Seit Dezember beriet ein Gremium Richtlinien für einen Härtefallfonds, die der Magistrat jetzt beschlossen hat. Ganze 120.000 Euro stehen jährlich zur Verfügung, um Stromsperren in Privathaushalten zu vermeiden. Eine lächerliche Summe, wie Martina Lennartz in ihrer Rede im Stadtparlament ausführte. Sozialdezernent Arman beschloss Kraft eigener Willkür ein Gremium, das die wenigen Kröten verteilt, darunter auch die evangelische Kirche. Müssen die Armen jetzt zum Bittgang antreten wie im Mittelalter? Und warum sind Mieterverein und Gewerkschaften nicht beteiligt? Stört Kompetenz etwa?

Videoüberwachung: Meine Nachbarin ist effektiver

Von CDU bis zu den Grünen wurde sie 2020 als Beruhigungs- und Heilmittel hochgejubelt: die Videoüberwachung am Marktplatz, später im Asterweg und am Bahnhof. Jeden Tag werden mit den Kameras Tausende von Menschen überwacht. Was „die Datenschützer Rhein-Main – Keine Untaten mit Bürgerdaten“ vorher wussten: eine absolute Geldverschwendung. Mit vier Fragen wandten sie sich bereits 2016 an die damalige SPD-Oberbürgermeisterin und alle Fraktionen im Stadtparlament. Das Ergebnis: Schweigen. Selbst die Polizei kann heute nicht sagen, ob jemals ein Täter identifiziert wurde. Nur Exhibitionisten stehen Schlange vor der Kamera.

Parken in Gießen?

Im Gegensatz zur Internetseite der Stadt zeigte der ausgedruckte Stadtfestflyer 2023 nur die Parkhäuser am Anlagenring an. Toll, wie die Autos ins Stadtinnere gelotst werden. Parkplätze etwas außerhalb, wie Messeplatz und Hessenhallen, wurden aber nicht genannt! War da etwas mit *Verkehrsversuch*?

Wohin?

Die Irrungen und Wirrungen der gescheiterten Verkehrsplanung.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Interview mit Fabian Dzewas-Rehm (Gewerkschaftssekretär, ver.di)

Fabian Dzewas-Rehm

Ist der "Tarifvertrag Entlastung" (TVE) nach dem erfolgreichen Streik am UKGM ausformuliert und unterschrieben?

Der Streik wurde mit der Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen zu einem Eckpunktepapier beendet. Nun befinden wir uns in sogenannten Redaktionsverhandlungen. Hier geht es darum, exakte Formulierungen zu finden, Unklarheiten auszuräumen und einen fertigen Tarifvertrag zu erstellen. Neben dem neuen TVE werden weitere gültige Tarifverträge geändert. Dies betrifft z. B. den Manteltarifvertrag, da nun endlich überall am UKGM die 5-Tage-Woche eingeführt wird. Bis Ende September soll dieser Prozess abgeschlossen sein, dann tritt der neue TVE rückwirkend zum 01.04.2023 in Kraft.

Wie viel ist von den vereinbarten Zielen und Entlastungen umgesetzt worden?

Ein wesentliches Element aus dem TVE wird umgesetzt: Die Betriebliche Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Diese ist ein paritätisch besetztes Kontrollorgan. Somit bekommt die Gewerkschaft mehr Einblick in die Umsetzung, kann diese effektiver begleiten und bei Problemen einschreiten.

In welchem Umfang sind Personaleinstellungen erfolgt und in welchen Bereichen?

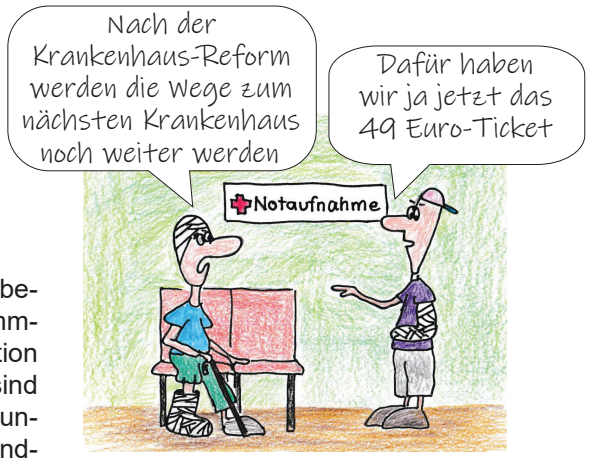
Neueinstellungen sind kaum zu beobachten, oftmals weil es an Bewerber*innen mangelt. In der Pflege gibt es Dauerausschreibungen, und es finden fortlaufend Einstellungen statt. Wir brauchen hier mehr Anstrengungen des Arbeitgebers. Die Kolleg*innen fordern Neueinstellungen und Nachbesetzungen. Es gibt die Sorge, dass der Arbeitgeber bis zu den vereinbarten Stichtagen nichts unternimmt und sich die Arbeitssituation weiter verschlechtert. In vielen pflegerischen Bereichen muss zum 01.01.2024 die PPR 2.0 (Pflegepersonalregelung) gesetzlich umgesetzt werden, am UKGM ab dem 01.04.2024 sogar schichtgenau. Wenn man diese Regelungen einhalten will, muss jetzt eingestellt werden, und es muss alles getan werden, um die Azubis im Haus zu halten.

Wie ist die Stimmung unter den Beschäftigten?

Direkt nach dem Streik waren alle platt. Neunzehn Tage unbefristeter Streik mit -zig Versammlungen, Aktionen, der Organisation des Streiks und der Notdienste sind fordernd. Parallel dazu haben hunderte Teamdelegierte die Verhandlungen eng begleitet und teilweise bis spät nachts im Hörsaal mit der Verhandlungskommission diskutiert. Die Mitgliederbefragung war eindeutig: knapp 79% Zustimmung. Viele Kolleg*innen kennen auch den politisch gesetzten Rahmen mit Pflegebudget, Fallpauschalen und Privatisierung. Da ist vieles, aber eben nicht alles möglich. Das Ergebnis werten viele als Ausdruck der Kräfteverhältnisse. Wir haben diese nachhaltig verschoben.

Welche Fortschritte wurden für die Auszubildenden erreicht?

Eine Verbesserung der Ausbildungsqualität ist dringend nötig. Wir wissen aus Befragungen, dass bisher viele am Anfang ihrer Ausbildung gerne am UKGM bleiben würden, diese Bereitschaft aber im Laufe der Ausbildung sinkt. Deshalb ist es gut, wenn zukünftig in allen Gesundheitsfachberufen verpflichtend 15%



Praxisanleitung eingeführt wird. Dies ist eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen und bedarf mehr freigestellter Praxisanleiter*innen. Neben der Verbesserung der Praxisanleitung wird es zukünftig ein Mentorenprogramm geben und eine zusätzliche Einarbeitungszeit im jeweiligen Einsatzbereich. Eine der vielen weiteren Verbesserungen ist eine Prämie von 2.000 Euro für Azubis, die im Haus bleiben.

Haben die Aktionen und Streiks Einfluss auf die gewerkschaftliche Tätigkeit von ver.di im UKGM und haben sie diese positiv verändert?

Gemeinsam haben wir am UKGM ein neues gewerkschaftliches Selbstbewusstsein geschaffen. Im Streik haben die Kolleg*innen reihenweise Betten und Stationen geschlossen, viele Abteilungen waren dicht. Zudem waren Streik und Verhandlungen viel beteiligungsorientierter konzipiert. Dies wird sicherlich so bleiben. **Gewerkschaft, das sind am UKGM die Kolleg*innen selbst.**

Das Interview führte ein Mitglied der Echo-Redaktion.

Neuer Zensurparagraf in Deutschland

In schlechter Tradition des politischen Strafrechts der BRD ist am 09.12.2022 eine Ergänzung des Paragrafen 130 StGB (Volksverhetzung) in Kraft getreten. Offiziell geht es um die Billigung bzw. Verharmlosung von Handlungen, die im Völkerstrafgesetzbuch genannt werden.

Anlass war die Eskalation des Kriegs in der Ukraine durch den Einmarsch russischer Truppen am 24.02.2022. Von vielen Juristen wurden Inhalt und Form der Gesetzesänderung heftig kritisiert. Vor allem die Verwendung von unbestimmten Rechtsbegriffen, wie die „gröbliche Verharmlosung“, stieß bei vielen Juristen auf Kritik. Auch die Art und Weise, wie das Gesetz durchgesetzt wurde, war sehr ungewöhnlich. Am 20.10.2022 um 22.30 Uhr stand die Drucksache 20/4085 im Bundestag zur Abstimmung. Es schien um die Änderung des Bundeszentralregistergesetzes zu gehen. Aber weiter hinten im Text geht es um die Änderung des §130 StGB.

Nach dem Inkrafttreten richtet sich der neu gefasste Paragraf ausschließlich gegen Menschen, die der Ansicht sind, dass die einseitige Schuldzuweisung an Russland falsch ist. Ein Schelm wer Böses dabei denkt. Besonders der Begriff der „gröblichen Verharmlosung“ bietet der Staatsanwaltschaft kreative Möglichkeiten – ein klassischer „Gummiparagraf“.

Die Bundesregierung scheint Angst zu haben, dass immer mehr Menschen ihre billige Propaganda – nicht nur in diesem Bereich – durchschauen und die „Heimatfront“ wackelt.

Die Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele und Wera Richter, wollen dagegen juristisch vorgehen. Sie halten die Neufassung des Paragrafen für verfassungswidrig und fordern seine Rücknahme. Die Verschärfung des Paragrafen ist ein Angriff auf die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit. Sie eröffnet den Strafverfolgungsbehörden die Befugnis, öffentliche Äußerungen, aber auch wissenschaftliche Beiträge zum Krieg strafrechtlich zu ahnden, sofern sie von der herrschenden Einschätzung abweichen.

Henning Mächerle

Auch: Bangemachen gilt nicht
https://www.unsere-zeit.de/bangemachen-gilt-nicht-4783063/

Zocken für die Rente

Angeblich zur langfristigen Sicherung der Altersrenten hat Finanzminister Lindner einen Plan, von dem jeder seriöse Finanzberater abraten würde. Er will mit geliehenem Geld Aktien kaufen und darauf hoffen, dass Dividenden und Kursgewinne reichen, um die Tilgungen und Zinsen zu bezahlen, und hoffen, dass genug für Rentenzahlungen übrig bleibt.

An den Börsen passieren öfter unerwartete Kursbewegungen und Kursstürze. Wenn das angelegte Kapital reichen sollte, die Renten spürbar zu erhöhen, müsste das dafür angelegte Kapital so hoch sein, dass die dafür notwendigen Aktienkäufe und -verkäufe die Börsenwerte selbst beeinflussen. Das Ganze wäre eine unverantwortliche Zockerei. Das jetzige Umlageverfahren – die aktiv Berufstätigen finanzieren die jetzigen Rentner und erwerben selber einen Anspruch auf eine angemessene Rente – ist sicherer und gerechter als die Hoffnung auf Gewinne am Kapitalmarkt.

Gernot Linhart

Faeser gibt den Seehofer

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die gerne hessische Ministerpräsidentin werden möchte, überholt ihren Vorgänger Seehofer auf der rechten Spur. Ihr Programm sind geschlossene Lager für Asylsuchende an der afrikanischen Mittelmeerküste, Rückweisungen an der Grenze und lange Gefängnishaft für Menschen, die abgeschoben werden sollen. Die Zahl der Abschiebungen will sie massiv erhöhen. Abschiebungen sind aufwendig und treffen oft Menschen mit festem Wohnsitz und Arbeitsplatz, weil diese für die Behörden am leichtesten anzutreffen sind. Sie dienen vor allem der Abschreckung neuer Emigranten. Für die Betroffenen sind sie eine Katastrophe, die ihre Lebensplanung zerstört.

Gegen die sogenannte Clankriminalität will Faeser vorgehen, indem angebliche Clanmitglieder (Erkennungsmerkmal ist der Familienname) ohne Gerichtsurteil abgeschoben werden können. Der Schaden durch die Kriminalität ausländischer Großfamilien wird in den Medien hochgespielt. Der Schaden, der dadurch angerichtet wird, ist viel geringer als der Schaden durch einzelne Steuerbetrüger und Wirtschaftskriminelle. Ein in Italien erfolgreich angewendetes Mittel gegen kriminelle Gruppen – beim Erwerb von Immobilien und hochpreisigen Gütern muss der Käufer nachweisen, woher das Geld kommt – wird in Deutschland schwer durchzusetzen sein. Denn es trifft auch reiche Deutsche, die Geld anlegen wollen, das sie nie als Einkommen, Gewinn oder Erbschaft versteuert haben.

Wer als Politiker die Forderungen der AfD erfüllt, macht diese nur stärker.

Gernot Linhart

Frieden fordern, um zu leben

„Hier sitzen die, die immer hier sitzen.“ Wer kennt sie nicht, diese augenzwinkernde Botschaft, mit der man in manchen Wartezimmern von Hausarztpraxen begrüßt wird? Ähnlich verhält es sich auch bei Kundgebungen anlässlich des Antikriegstages (1. September), zu dem der DGB seit 1957 aufruft. Häufig trifft man hier Veteranen der Friedensbewegung, die schon in den 1980ern gegen NATO-Doppelbeschluss und die ungezählten Kriege der USA und ihrer Verbündeten auf die Straße gegangen sind. **Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen sieht man hingegen nur selten.** Kein Wunder, denn auf den ersten Blick erschließen sich die Auswirkungen von Aufrüstung und Krieg auf die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht. Erst bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Sozialabbau hier und der Stellvertreterkrieg in der Ukraine zwei Seiten einer Medaille sind.

Der DGB hat das in seinem diesjährigen Aufruf „Die Welt braucht Frieden!“ auf den Punkt gebracht: „Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen.“ Deshalb fordert der DGB die Bundesregierung auf, „von einer weiteren Aufstockung des Rüstungsetats auf 2% des BIP abzusehen und sich mit ihren EU-Partner*innen und im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft für neue nukleare Rüstungskontrollabkommen und eine Eindämmung von Rüstungsexporten starkzumachen“.

Soziale Folgen von Aufrüstung und Krieg sind schon zu beobachten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist so weit auseinandergegangen wie nie. In Folge von Wirtschaftskrieg und Sanktionen erreichte die Inflation mit 10,5% im Herbst ein Rekordniveau. Folgen sind Wohlstandsverluste bis weit hinein ins Facharbeitermilieu.

Dies sind gute Gründe – nicht nur am 1. September – auf die Straße zu gehen. Ein lautes **Nein zu Aufrüstung und Krieg** wäre auch eine Botschaft an die eigene Organisation. Es ist kein Geheimnis, dass es auch in den Gewerkschaften Kräfte gibt, die bestrebt sind, die geltenden Beschlüsse und die in der Satzung verankerten friedenspolitischen Positionen aufzuweichen. Der Leitantrag zum anstehenden ver.di-Bundeskongress ist nur die Spitze des Eisbergs.

Ulf Immelt

siehe auch: *https://www.jungewelt.de/artikel/456953.zukunft-der-gewerkschaften-ver-di-auf-kriegskurs.html*

In der Ukraine nichts Neues?

Die deutschen Medien werden nicht müde, einen Wendepunkt des Krieges herbeizuschreiben und neue Wunderwaffen anzupreisen: Taurus-Marschflugkörper und F-16-Kampfflugzeuge.

Aber: In den letzten zwei Monaten ist deutlich geworden, dass die Offensive der Ukraine, die von den westlichen Medien als Wendepunkt im Krieg propagiert wird, zu einer blutigen Katastrophe geführt hat. Russische Quellen behaupten, dass zehntausende ukrainischer Soldaten bei der Offensive getötet wurden. Für hohe Verluste spricht, dass der Angreifer auf befestigte Stellungen immer im Nachteil ist, und dass Kiew die Verlustzahlen zum Staatsgeheimnis erklärt. Die ukrainischen Streitkräfte haben bisher keinen nennenswerten Durchbruch erzielt.

In der US-Presse tauchen Äußerungen auf, die auf Ungeduld und das Scheitern der Offensive hindeuten. In einem Artikel der *New York Times* wird über Kritik der US-Administration berichtet. Die Ukraine sei "zu ihren alten Methoden zurückkehrt, die russischen Streitkräfte mit Artillerie und Langstreckenraketen zu zermürben, anstatt sich unter Beschuss in Minenfelder zu stürzen".

Dieses Verhalten deutet ebenfalls auf hohe Verluste der ukrainischen Seite hin.

Der Bericht der *Times* drängt die Ukraine, alle ihre Streitkräfte auf einen massiven Angriff gegen die stark verminten russischen Linien zu konzentrieren. Das ist dieselbe Taktik, welche in den ersten Wochen der Gegenoffensive zu katastrophalen Verlusten führte.

Die USA setzen auf weitere Eskalation. In einem Gastbeitrag in derselben Zeitung behauptet General David Petraeus, die richtige Antwort auf das Debakel bestehe darin, den Konflikt zu verschärfen. Der General lag mit seiner Prognose eines schnellen Erfolges der Offensive schon einmal falsch. "Die Bereitstellung von Waffen, Munition und Unterstützung durch die USA im Wert von über 44 Mrd. US-Dollar war lobenswert. Aber wir müssen mehr und mit größerer Dringlichkeit tun. Die Zeit zu handeln ist jetzt."

Die Eile ist verständlich, ein anderer Präsident in den USA könnte die Karten neu mischen.

Henning Mächerle

Gute Putsche – böse Putsche

Wenn irgendwo auf der Erde ein als links geltender Präsident oder eine Regierung durch einen Putsch gestürzt werden, findet das bei den Regierungen der westlichen Industriestaaten, allesamt ehemalige Kolonialmächte, meist rege Zustimmung und baldige Anerkennung der Putschregierung. Oft haben die Geheimdienste dieser Länder sogar aktiv mitgemacht. Beispiele gibt es allein in den letzten Jahrzehnten viele: Kwame Nkruma in Ghana, Thomas Sankara in Burkina Faso, Allende in Chile, Evo Morales in Bolivien, erst kürzlich Camillo in Peru und andere. Besonders absurd war die sofortige Anerkennung des Oppositionspolitikers Guaido in Venezuela, der sich zum Übergangspräsidenten ernannte, obwohl es einen gewählten Präsidenten und eine funktionierende Regierung gab. Er wurde umgehend von den USA und der EU als Staatsoberhaupt anerkannt und erhielt die Verfügungsmacht über die Auslandskonten und Goldreserven des Staates.

Wenn aber im Niger ein der Kolonialmacht Frankreich treuer Präsident abgesetzt wird, ist das für USA und EU ein Grund, sogar einen Krieg gegen das Land zu befürworten. Wie demokratisch die Wahl dieses Präsidenten war und wie gut oder schlecht er regiert hat, ist von Deutschland aus nicht zu beurteilen. Tatsache ist, dass im Niger Bodenschätze wie Gold und Uran von in der EU ansässigen Konzernen ausgebeutet werden, ohne dass das Land einen größeren Nutzen davon hat. Die Bergbaubetriebe hinterlassen verwüstete, radioaktiv kontaminierte Landschaften, die eine dauerhafte Belastung für die Bevölkerung sind.

Wirtschaftssanktionen und militärische Drohungen des westafrikanischen Staatenbündnisses ECOWAS werden von USA und EU befürwortet. Nach dem Völkerrecht könnten nur die UN Sanktionen verhängen, militärisches Eingreifen wäre nur nach einem UN-Beschluss oder bei einem Hilfeersuchen der gestürzten Regierung rechtmäßig. Wenn es dem sogenannten Wertewesten dient, sind völkerrechtswidrige Angriffskriege willkommen.

Gernot Linhart

Ein neues antikoloniales Bündnis?

Die politische Landschaft Afrikas ist in Bewegung. Eine starke antikoloniale Welle hat vor allem Länder der Sahelzone erfasst. Fortschrittliche Militäroffiziere kamen in verschiedenen Ländern an die Macht. Am 24.05.2021 entmachtete das malische Militär unter Führung des Übergangs-Vizepräsidenten Assimi Goïta den Übergangspräsidenten Bah N'Daw. Im Mai 2022 kündigte Malis Interimspremierminister ein von Frankreich aufgezwungenes Verteidigungsabkommen.

Ein Militärputsch in Burkina Faso am 30.09.2022 machte den Offizier Ibrahim Traoré zum jüngsten Staatsoberhaupt der Welt. Dieser orientiert sich an dem sozialistischen Revolutionär Thomas Sankara. Der wurde 1987 mit französischer Beihilfe ermordet und war der erste Präsident von Burkina Faso.

Am 26.07.2023 kam es im westafrikanischen Staat Niger zu einem Militärputsch. Die nigrische Armee entmachtete den prowestlichen Präsidenten Mohamed Bazoum.

Die Länder verfolgen eine antikoloniale Politik und suchen gute Beziehungen zu China und Russland. Die unter westlichem Einfluss stehende westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS drohte bereits mit einer Militärintervention.

Angesichts dieser Gefahr schlossen die drei Länder ein gegenseitiges Beistandsabkommen. Mali und Burkina Faso hatten Niger als Vorbild gedient: Die von großen Teilen der Bevölkerung unterstützten Putsche hatten dort korrupte Regierungen hinweggefegt und ausländische Truppen aus dem Land geworfen.

Fortsetzung auf S. 8

Der heimliche Aufmarsch

Es geht durch die Welt ein Geflüster,
Arbeiter, hörst du es nicht?
Das sind die Stimmen der Kriegsminister,
Arbeiter, hörst du sie nicht?
Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten.
Es flüstert die chemische Kriegsproduktion.
Es flüstert von allen Kontinenten
Mobilmachung gegen die Sowjetunion!
Arbeiter, Bauern, nehmt die Gewehre
nehmt die Gewehre zur Hand!
Zerschlagt die faschistischen Räuberheere,
setzt alle Herzen in Brand.
Pflanzt eure roten Banner der Arbeit
Auf jeden Acker, auf jede Fabrik!
Dann steigt aus den Trümmern der alten Gesellschaft
die sozialistische Weltrepublik!
Arbeiter, horch, sie ziehen ins Feld
und schrein „Für Nation und Rasse!"
Das ist der Krieg der Herrscher der Welt
gegen die Arbeiterklasse;
denn der Angriff gegen die Sowjetunion
ist der Stoß ins Herz der Revolution,
und der Krieg, der jetzt durch die Länder geht,
ist der Krieg gegen dich, Prolet!
Arbeiter, Bauern …

Text: Erich Weinert; Musik: Hanns Eisler

Der Text beschreibt zum einen das grundsätzliche Interesse der Herrschenden am Krieg und ihre Propaganda, die dies unterstützen soll. Zum anderen den Zusammenhang von Aggression nach außen und Repression nach innen. Führen die Herrschenden Krieg, muss der Zustand beendet werden, indem sie Krieg führen können: es muss der Sozialismus erkämpft werden.

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Mi. 6.9. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Versailles-Zi., Kongresshalle

Sa. 9.9. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Sa. 9.9. ab 15 Uhr:
Revolutionäres Sommerfest der DKP Gießen, Nähe von Buseck

Sa. 16.9. + 23.9. + 30.9. jeweils ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Do. 21.9. um 18 Uhr:
Bildungsabend der DKP, Ederstr. 16

Mi. 27.9.:
Redaktionsschluss Okt.-Echo

Mo. 16.10.:
Kai Degenhardt, Chamäleon

Fortsetzung von Seite 7: **Ein neues antikoloniales Bündnis?**

Die Gefahr einer westlichen Intervention ist real. Allerdings ergreift nun auch Algerien Partei für Niger.

Warum steht Niger im Zentrum des Konflikts? Der Niger ist einer der größten Uranexporteure weltweit, 2021 bezog die EU 25% ihres Uranbedarfs aus dem Land. Der französische multinationale Orano-Konzern besitzt mehrere Uranminen in Niger.

Algerien und Südafrika versuchen weiter Einfluss auf die ECOWAS-Länder zu nehmen, um einen Krieg zu verhindern.

Henning Mächerle

Zur Haltung Frankreichs siehe auch: *Verdammte dieser Erde* von Sevim Dagdelen, UZ vom 25.08.2023; *https://www.unsere-zeit.de/verdammte-dieser-erde-4782995/*

bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** gab es wie heute vor allem bei Lebensmitteln eine Teuerungswelle. Zeitgleich wurden Steuern und Sozialabgaben erhöht. Mit dem Slogan „Die Bosse können zahlen!“, forderten die Belegschaften vieler Betriebe Lohnerhöhungen. Die SPD/FDP-Regierung warnte, wie üblich, vor dem Verlust von Arbeitsplätzen bei zu hohen Abschlüssen. Bei den folgenden Arbeitskämpfen und Verhandlungen wurden etwa 10% Tariferhöhungen durchgesetzt.

Vor **40 Jahren** plante die NATO die „Nachrüstung“ genannte Aufstellung der atomaren Mittelstreckenraketen Pershing II in Mitteleuropa, vor allem in Westdeutschland. Am Widerstand der Friedensbewegung waren die Gewerkschaften aktiv beteiligt. Sie planten für den 19. Oktober einen „Tag der Betriebe“, an dem bundesweit für 10 bis 15 Minuten alle Räder stillstehen sollten.

Vor **30 Jahren** beschloss die CDU/FDP-Regierung massive Sozialkürzungen. Das Arbeitslosengeld wurde von 68% des letzten Nettolohnes auf 65% gekürzt, für kinderlose von 63% auf 60%. Die Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose wurde von 58% auf 55% bzw. von 53% auf 50% gesenkt und auf zwei Jahre begrenzt. Zehn Jahre später wurde das von einer SPD/Grüne-Regierung weit übertroffen. Sie schaffte die an das frühere Einkommen gekoppelte Arbeitslosenhilfe ab und führte Hartz IV ein.

Vor **20 Jahren** fragte das Echo: „Wird Gießen abgeholzt?“. Unter dem CDU-Baurat Rausch, genannt „Baurausch“ wurde die Baumsatzung, die den Umgang mit älteren Bäumen regelte, abgeschafft. Anschließend wurden viele Bäume gefällt, weil sie zu nahe an Straßen standen, irgendwen störten oder angeblich eine Gefahr darstellten. Auch hier wurde zehn Jahre später alles noch schlimmer. Die Grüne Baurätin Weigel-Greilich ließ Bäume fällen, nur weil sie eine Sichtachse störten.

Vor **10 Jahren** wurde ein Stolperstein für Hans Rosenbaum, kommunistischer Widerstandskämpfer gegen die Nazis, verlegt. Er ist in der Katharinengasse 11 zu finden, seine eigentliche Adresse Teufelslustgärtchen existiert nicht mehr. Die Verlegung wurde von Erika und Michael Beltz gegen Widerstände durchgesetzt. Nach Ansicht einiger Gießener Kommunalpolitiker hat die Opferkategorie „Kommunistische Antifaschisten“ keine besondere Ehrung verdient.